

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Haus Neuerburg
Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
E-mail: DieLinke@stadt-koeln.de

Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 05.03.2012

AN/0317/2012

Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Soziales und Senioren	08.03.2012

Energiearmut

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Jahr 2008 hatte die Verbraucherzentrale NRW eine Anfrage an die örtlichen Energieversorger gerichtet. Aus den eingegangenen Antworten ging damals hervor, dass bei rund zwanzig Prozent aller Haushaltskunden Zahlungsverzug oder Mahnverfahren anhängig seien und dass in 2007 130.000 und bis Sommer 2008 59.000 Kunden von Stromsperren betroffen seien.

Auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE machte die Rheinenergie zur Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 14. August die erfreuliche Mitteilung, dass in Köln die Versorgungsunterbrechung bei weniger als der Hälfte des Bundesdurchschnittes läge.

Für 2005 bis 2006 wurden 1,2 Prozent genannt und für 2007 unter 1 Prozent. DIE LINKE hält aber auch diese Anzahl noch für zu hoch, da sich hinter den anscheinend geringen Prozentzahlen teils Existenz bedrohende Einzelschicksale verbergen können. Energiesperren sind grundsätzlich zu vermeiden.

Aus einer aktuellen Umfrage der Verbraucherzentrale NRW bei den 110 Grundversorgern lässt sich zumindest für 2010 ein weiterer Anstieg, der Zahlungsrückstände und der Stromsperren entnehmen. Diese Form der sich vergrößernden Energiearmut ist für ein entwickeltes Industrie- und Dienstleistungsland nicht hinnehmbar und muss aktiv bekämpft werden.

In Köln gibt es umfangreiche Hilfs- und Beratungsangebote, die bisher in nicht unerheblichem Maße auch aus städtischen Mitteln finanziert wurden.

Die Fraktion DIE LINKE ist sich durchaus der Tatsache bewusst, dass zur Klärung der von ihr gestellten Fragen wohl ein teilweise nicht unerheblicher Verwaltungsaufwand entsteht. Allerdings sieht DIE LINKE Fraktion im Rat der Stadt Köln Bezug nehmend auf Artikel 25.1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Richtlinie 2003/54/EG des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates eine Verpflichtung des öffentlichen Sektors zur Versorgung der Menschen mit Energie.

Für DIE LINKE ergeben sich aus dem obigen Sachverhalt die folgenden Fragen:

1. Wie ist die Entwicklung der in Köln von Strom- und Gassperren und Zahlungsverzug betroffenen Kunden seit 2008 bis heute? Das heißt, wie viele Anschlüsse wurden gesperrt,

wie viele wurden aus welchen Gründen (Zahlungsverzug oder Abrechnungsfehler?) wieder in Betrieb genommen?

2. Werden bei Kunden anderer Energieanbieter als der Rheinenergie AG häufiger Mahnverfahren und Energiesperren eingeleitet und lässt sich eine Tendenz erkennen zwischen Strom- und Gaspreiserhöhungen und einem zeitnahen Anstieg der Fallzahlen mit Zahlungsverzug?
3. Wie beeinflussen Beratungsangebote, wie zum Beispiel der „StromSparCheck“ oder die Zusammenarbeit von Energieversorger und Kölner Verbraucherzentrale die oben abgefragten Zahlen?
4. Wie viele Fälle von Zahlungsverzug und Energiesperren sind durch die Schuldnerberatungsstellen bearbeitet worden und wie verfährt das Jobcenter mit Kunden die von Energiesperren bedroht oder in Zahlungsverzug sind?
5. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, dass nach der Intention des Ratsbeschlusses vom 13. Dezember 2007 (AN 1625/2007) zukünftig Energiesperren in Köln vermieden werden können?

gez. Gisela Stahlhofen
Fraktionssprecherin

gez. Jörg Detjen
Fraktionssprecher